



Detailansicht des Registereintrags

Aktionsbündnis gegen AIDS

Aktuell seit 22.06.2026 13:01:15

Aktionsbündnis gegen AIDS ist ein Bündnis aus ca. 300 NGOs, kirch. Org., Aidshilfen und Privatpersonen. Rechtsträger des AgA ist der gemeinnützige Verein, Trägerverein Aktionsbündnis gegen AIDS e.V.

Registernummer:	R002062
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	22.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	10.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Rungestraße 19 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493027909999 E-Mail-Adressen: lobbyregister@aids-kampagne.de Webseiten: http://www.aids-kampagne.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,14

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Sylvia Urban

Funktion: Aktionsbündnis gegen AIDS e.V.

2. Klaus Koch

Funktion: Vorstand im Trägerverein und Sprecher im Bündnis

3. Tilman Rüppel

Funktion: Vorstand im Trägerverein und Sprecher im Bündnis

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. Peter Wiessner

2. Johanna Fipp

3. Sylvia Urban

4. Klaus Koch

5. Tilman Rüppel

Gesamtzahl der Mitglieder:

250 Mitglieder am 31.12.2024, davon:

31 natürliche Personen

219 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. AG Transparenz

2. AG Gesundheit Venro

3. G2H2 Genf

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Menschenrechte; Entwicklungspolitik; Arzneimittel; Gesundheitsförderung;

Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Krankenversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als Teil der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft setzt sich das Aktionsbündnis gegen AIDS weltweit für die Verwirklichung eines Lebens mit dem höchstmöglichen

Gesundheitsstandard für alle und eine Welt ohne Aids als Grundlage zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit ein.

Mittels u.a. politischer Lobbyarbeit baut das AgA die Beziehungen zu relevanten politischen EntscheidungsträgerInnen weiter aus, um die Zusammenhänge und komplexe Problemstrukturen zur Beendigung von Aids ins Bewusstsein zu rücken. Die Verstärkung des Engagements der Bundesregierung zur Erreichung des Nachhaltigkeitszieles 3 (SDG 3 - 3.3 und 3.8) insbesondere das Ziel der Beendigung von Aids bis 2030 sind dabei grundlegend für unsere Lobbyarbeit. Ebenfalls setzt sich das AgA bezüglich des Bundeshaushalts für faire Beiträge im Bereich globaler Gesundheit aus. Die Facharbeit wird hierbei in Fachkreisen und Arbeitsgruppen umgesetzt. Dabei findet ein umfassender Informationsaustausch über die Sachlage der weltweiten HIV-Arbeit statt. Die Lobbyarbeit findet dabei insbesondere in Bezug auf unsere vier zentralen Handlungsansätze statt:

- Verwirklichung Allgemeiner Gesundheitsversorgung -Universal Health Coverage-
- Gewährleistung des Zugangs zu Medikamenten und Förderung von alternativen, fairen Forschungsmodellen,
- Umsetzung eines Fair Share - Mobilisierung der notwendigen Finanzmittel zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 3 -SDG 3-
- Auflösung gesellschaftlicher Ungleichheit, Diskriminierung und Stigmatisierung.

In diesem Sinne begleitet das AgA kritisch sowohl die deutsche als auch die globale Politik. Gegenstand ihrer Tätigkeit ist die Einflussnahme auf die unterschiedlichen Meinungs- bzw. Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in Deutschland sowie global zu den oben skizzierten Themen. Dies erfolgt durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in Form von Fachgesprächen, öffentlichen und nichtöffentlichen Briefen, Pressemitteilungen, Veranstaltungen und über eigene Medien, wie Webseite, Broschüren, etc., sowie durch Beiträge bei Anhörungen im Bundestag und direkten Gesprächen mit Abgeordneten.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Ersatzlose Streichung des § 87 des Aufenthaltsgesetzes

Beschreibung:

Die Meldepflicht in § 87 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG verletzt den Zweckbindungsgrundsatz in Art. 5 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie die aufgrund der Durchführung von Unionsrecht anwendbaren Grundrechte der Betroffenen aus Art. 8 Abs. 1 und Art. 35 GRCh. Das öffentliche Interesse an einer staatlichen Migrationskontrolle kann den Eingriff in das in Art. 8 Abs. 1 GRCh normierte Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten und den faktischen Ausschluss von der in Art. 35 GRCh garantierten medizinischen Versorgung und Gesundheitsvorsorge nicht rechtfertigen. Die Meldepflicht trägt nicht zur Aufdeckung und Beendigung irregulärer Aufenthalte bei, sondern konterkariert lediglich den Primärzweck der Datenerhebung, namentlich die Gewährleistung einer existenzsichernden Gesundheitsversorgung.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250080 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Erhalt von globaler Infrastruktur im Bereich Gesundheit insbesondere HIV/Aids (u.a. UNAIDS)

Beschreibung:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für den Erhalt der globalen Gesundheitsarchitektur insbesondere für UNAIDS u.a. im Rahmen des UN80 Prozesses einzusetzen.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010027 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

3. Internationaler Pandemievertrag der WHO - TRIPS-Waiver und PABS-Mechanismus

Beschreibung:

Das Aktionsbündnis gegen AIDS fordert gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU-Verhandlungen für einen starken und verbindlichen PABS-Mechanismus im WHO-Pandemievertrag einzusetzen. Eine Trennung von dem Zugang zu Krankheitserregern und dem Vorteilsausgleich darf dabei nicht akzeptiert werden. Erforderlich ist vielmehr ein transparentes System mit rechtlich verbindlichen Regelungen, das einen fairen Zugang zu medizinischen Gegenmaßnahmen sicherstellt.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606030029](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Verantwortungsübernahme Deutschlands zu Eindämmung der Ebola Epidemie**

Beschreibung:

Das Aktionsbündnis gegen AIDS fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der deutschen G7-Präsenz bzw. der internationalen Zusammenarbeit für eine koordinierte und angemessen finanzierte Reaktion auf den Ebola-Bundibugyo-Ausbruch einzusetzen. Hierzu gehören zusätzliche finanzielle Mittel für die internationale Ausbruchsbekämpfung, die Stärkung nationaler Gesundheits- und Überwachungssysteme, Investitionen in Prävention, Vorsorge und Gesundheitsfachkräfte sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung für Impfstoffe, Diagnostika, Therapeutika und weitere Präventionsinstrumente. Die Bundesregierung soll zudem die globale Gesundheitsarchitektur stärken und sich gegen Kürzungen internationaler Gesundheits- und Entwicklungsfinanzierung einsetzen.

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606220044](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro